

# „Es geht nicht nur um den Heini“

Emotionaler Schlagabtausch zwischen FMA und Gea-Chef Staudinger

Wien – Für die meisten Zuhörer im Publikum waren die Rollen klar verteilt: Den Part des Bösewichts übernahm Helmut Ettl, Vorstandsmitglied der Finanzaufsichtsbehörde FMA. Kaum, dass Ettl mit seinen Ausführungen über das geltende Recht bei Bankgeschäften begonnen hatte, kamen schon die ersten Buhrufe und Zwischenmeldungen aus dem Publikum. Als Ettls Kontrahent, Gea-Chef Heinrich Staudinger, das Wort ergriff, schlug die Stimmung bei der Diskussion am Dienstagabend im Haus der Musik sofort um, und Applaus brandete auf.

Der Kampf zwischen dem Waldviertler Schuhhersteller Staudinger und den Finanzaufsehern dreht sich im Kern darum, welche Arten der Unternehmensfinanzierung erlaubt sind und erlaubt sein sollten. Staudinger hat in den vergangenen Jahren im Rahmen eines eigenen Sparvereins von rund 250 Personen

Geld für sein Unternehmen eingesammelt. Für die FMA handelt es sich dabei eindeutig um ein Bankgeschäft, für das Gea keine Konzession besitzt, weshalb sie das Unternehmen per Bescheid zu einer Strafe und zur Rückzahlung von drei Millionen Euro an die „Einleger“ aufgefordert hat.

Ettl legte dem Gea-Chef bei der von STANDARD-Redakteurin Verena Kainrath moderierten und vom Verein für Konsumenteninformation veranstalteten Diskussion nahe, alternative Finanzierungsmodelle zu nutzen um damit das Verfahren aus der Welt zu schaffen.

Ein Weg wäre die Begebung einer Gea-Anleihe. Staudinger sieht sich inzwischen aber als Vorkämpfer, der nicht nachgeben will: „Es geht nicht mehr nur um den Heini oder die Gea, es geht um eine Lösung für alle kleinen Unternehmen in Österreich.“

Staudinger kritisierte, dass die Auflagen für die Be-

gebung von Anleihen für kleine Betriebe zu streng seien. Die Kosten für die Erstellung eines Anleihenprospektes und die regelmäßige Vorlage von geprüften Bilanzen seien zu hoch. Sein Sparverein habe jedem Interessierten mit einfachen Worten klargemacht, worauf man sich einlässt, während den Inhalt der komplexen Prospekte ohnehin jeder sofort vergesse.

Ettl konterte, dass Staudinger nicht der kleine Unternehmer von nebenan sei, sondern mit Gea einen global agierenden Konzern betreibe, der nicht einfach so einen eigenen Sparverein betreiben darf.

Ein Teil der Diskussion fokussierte darauf, welches Risiko mündigen Bürgern zumutbar ist und welches nicht. Staudinger argumentierte wie der mit am Podium sitzende ÖVP-Politiker Michael Ikrath, dass der Staat die Bürger zu stark bevormunde. Schützenhilfe bekamen die beiden von Grünpolitiker Volker Plass.

Das Finanzierungsmodell von Gea werde wegen des angeblich hohen Risikos verboten, während man das viel riskantere Lotto ganz legal spielen darf, sagte Plass. Wie der Vorwurf, ein illegales Bankgeschäft zu betreiben mit Lotto zusammenhängt, konnte er nicht erläutern. Schützenhilfe für die FMA gab es jedenfalls vom SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer, der mehrmals drauf beharrte, dass die FMA nur geltendes Recht durchsetze. (szi)



Gea mobilisiert die Massen: Demo zur Unterstützung Staudingers vergangene Woche in Wien.

Foto: APA



Krone 8.12.12

Mandatar zeigte die eigene Gemeinde wegen Ökostrom-Beteiligungsmodell an:

# „Solarbürger“ bei FMA vernadert

Und wieder sind unbescholtene Bürger ins Visier der Finanzmarktaufsicht (FMA) geraten: Nach dem Schuhfabrikanten Heini Staudinger erwischte es jetzt das kleine Randegg (NÖ) und deren Ortschefin Claudia Fuchsluger. Sie wurde von einem Mandatar wegen der Bürgerbeteiligung für eine Solaranlage vernadert.

„Das ist nur ein Modell für die Reinwaschung von Schwarzgeld und nichts anderes“, wettet Bürgerlisten-Chef Herbert Dallhammer. Er war es auch, der die FMA per E-Mail über das recht

Freitagnachmittag demonstrierte „Schuh-Heini“ Staudinger aus Schrems (NÖ) – wie berichtet wegen eines von Freunden und Banken gewährten Dreimillionen-Kredits im FMA-Visier – vor dem Parlament in Wien. (Siehe auch Interview auf Seite 44/45).

VON M. PERRY & O. PAPACEK

umweltfreundliche Solarmodell informierte. Diese fackelte nicht lange – und schickte von Wien aus einen Strafbescheid in der Höhe von 1650 Euro. Dort versteht Ortschefin Fuchsluger die Welt nicht mehr: „Wir haben doch nur eine 25-Kilowatt-Photovoltaikanlage auf den Dächern der Schule und des Sportvereins aufgestellt und die dafür benötigten 60.000 Euro mit Hilfe von 20 Bewohnern per Darlehensvertrag aufgestellt.“ Das Geschäft wurde über die Bank abgewickelt.



Fotos: Martin A. Jöchl, Paul Plutsch



Vernadert: Claudia Fuchsluger

Demonstration vor dem Parlament: Düringer, Staudinger & Co.

Video  
auf [krone.at](http://krone.at)



SN 13.12.12

# Staudinger kämpft weiter

## Starre Fronten zwischen GEA-Chef und der Aufsicht

WIEN (SN). Einen Schaukampf lieferten sich der Waldviertler Schuhunternehmer Heini Staudinger und die Finanzmarktaufsicht FMA am Dienstagabend in Wien. Bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „Bürgerbeteiligung versus Bankenmonopol“ bekräftigten beide Kontrahenten ihre Positionen: Weil ihm vor Jahren die Banken willkürlich Kreditlinien gestrichen hätten, habe er von 250 Freunden, Verwandten und Kunden drei Millionen Euro zum Ausbau seiner Schuhfabrik im strukturschwachen Waldviertel angenommen, die er mit vier Prozent jährlich verzinst, sagt Staudinger. Das hieß früher „Sparverein“, heute nennt es der GEA-Chef „Apfelbäumchen“. Für FMA-Vorstand Helmut Ettl ist das ein Einlagengeschäft im Sinn des Bankwesengesetzes, gegen das die FMA einschreiten müsse, wolle sie sich nicht selbst des Amtsmissbrauchs schuldig machen. Spargeschäfte seien besonders schutzwürdig. Auf mehrere Angebote Ettls, gemeinsam eine legale Lösung zu finden, ging Staudinger nicht ein: „Es geht nicht mehr nur um den Heini oder die GEA, es geht um eine Lösung für alle kleinen und mittleren Unternehmen in Österreich“, sagt der „Bankenrebell“. Den FMA-Bescheid, der ihn unter Strafandrohung auffordert, die Einlagen zurückzuzahlen



Heini Staudinger und Helmut Ettl kamen sich nicht näher. Bild: SN

**I**ch will mich nicht des Amtsmissbrauchs schuldig machen.

**Helmut Ettl, FMA**

oder zu legalisieren, will er bis zum Höchstgericht anfechten. Michael Ikrath, Generalsekretär des Sparkassenverbands und Nationalrat, sieht darin den Grundsatzkonflikt zwischen (unternehmerischer) Freiheit und (regulatorischer) Sicherheit. Der Gesetzgeber müsse prüfen, ob er neue „leistbare und attraktive Formen der Eigenmittelfinanzierung“ gesetzlich ermöglichen müsse.